



#dieschmidt

der newsletter

12.04.2019

Liebe Genossinnen und Genossen,
liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger,

viele Menschen machen sich Sorgen, ob sie selbst oder ihre Angehörigen im Alter gut versorgt sind. Rund drei Viertel aller Pflegebedürftigen in Deutschland werden zu Hause versorgt. Wer Angehörige pflegt, befindet sich oft in schwierigen und aufreibenden Situationen zwischen Beruf, Familie und Pflege. Wer in der Pflege arbeitet, ist mit schwierigen Arbeitsbedingungen konfrontiert. Rund 30.000 Stellen sind unbesetzt. Mit unserem Konzept zur Pflege von morgen ([hier als PDF](#)) gehen wir als SPD einen weiteren Schritt in der Modernisierung unseres Sozialstaats. ...weiterlesen

Nach einer ersten Verlängerung im März, wäre heute eigentlich der zweite Termin für den Brexit gewesen. Gestern hat der EU-Gipfel einer weiteren Verlängerung bis Herbst zugestimmt. Für uns bleibt klar: wir wollen ein starkes Europa. **Wer Populistinnen und Populisten das Feld überlässt, erntet Chaos.** Das ist ihr einziges Interesse. Wenn es ein weiteres Beispiel gebraucht hätte, warum der Nationalismus in die Sackgasse führt, dann das Brexit-Chaos. **Wir wollen ein soziales Europa.** Ein gemeinsamer Binnenmarkt braucht eine gemeinsame sozialpolitische Antwort. Ein starkes soziales Europa schützt unseren Sozialstaat. Und es schützt diejenigen, die gute Löhne zahlen und faire Arbeitsbedingungen sicherstellen. Wir brauchen Mindeststandards, die Sozialdumping verhindern. Mit der Europäischen Säule Sozialer Rechte (ESSR) ist die Europäische Kommission einen wichtigen Schritt gegangen. Teil der ESSR ist auch der bessere soziale Schutz von Selbständigen. Darüber haben wir gestern im Bundestag gesprochen. ...mehr dazu in meiner Rede aus der Debatte von gestern Abend.

Wir leben in einer Zeit, in der die technologischen und medizinischen Fortschritte immer schneller werden. In vorgeburtlichen Untersuchungen kann immer mehr herausgefunden werden, wie zum Beispiel Trisomie 21 oder das Vorhandensein einer Gaumenspalte. Der Bundestag hat gestern Morgen eine Orientierungsdebatte zum Pränataltest auf Trisomie 21 als Kassenleistung geführt, an der ich mich mit einem Redebeitrag beteiligt habe ([hier als Video](#)). Die Debatte ist mit vielen weiteren Fragen verbunden: Dürfen wir systematisch nach genetischen Merkmalen von Menschen suchen? Wo sind die Grenzen und wer entscheidet, welches Leben lebenswert ist? Welchen Rahmen, welche Regeln müssen wir setzen und welche Unterstützung brauchen werdende Eltern? Wie schützen wir das Recht auf Nichtwissen der Eltern? Und was müssen wir verbessern, damit wirklich jedes Kind in unserer Gesellschaft willkommen ist? In den kommenden Wochen werden sich nun interfraktionelle Gruppen zusammenfinden und Gesetzesentwürfe vorlegen, die im Laufe des Jahres beschlossen werden. Mich haben zu diesem Thema bereits im Vorfeld einige Anfragen aus der Bevölkerung und von den Medien erreicht. Auf www.dagmarschmidt.de/prae-nate-st-habe ich eine Übersicht medialer Berichte und Infos zu dem Thema zusammengestellt.

Ich wünsche Dir und Deiner Familie / Ihnen und Ihrer Familie eine schöne Osterzeit.

Mit solidarischen Grüßen

Dagmar Schmidt, MdB

Bezahlbares Wohnen sicherstellen

Unser Wohnkonzept

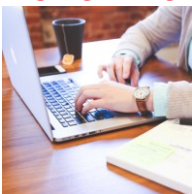


Während junge Familien verzweifelt eine bezahlbare Wohnung suchen, die groß genug ist oder Beschäftigte stundenlang zum Arbeitsplatz pendeln, weil sie sich die Wohnung am Arbeitsort nicht leisten können, Studierende und Auszubildende in zum Teil baufälligen Zimmern oder noch zu Hause wohnen, erzielen Immobilienfonds zum Teil fette Gewinne auf dem Rücken der Mieterinnen und Mieter. In Deutschland fehlen laut einer Studie der Hans-Böckler-Stiftung bis zu 1,9 Millionen bezahlbare Wohnungen. Gutes Wohnen darf nicht vom Geldbeutel abhängen. Wohnen ist ein Grundrecht. Wir brauchen schnell wirkende Instrumente, um gutes und bezahlbares Wohnen zu ermöglichen:

1. Einen temporären Mietestopp, so dass Mieten in den kommenden fünf Jahren nur noch um die inflationsbedingte Preissteigerung erhöht werden dürfen.
2. Einen neuen Sozialpakt zwischen der öffentlichen Hand und Immobilieneigentümern: Wer im Interesse der Mieterinnen und Mieter baut und nicht nur für den eigenen Profit, soll vom Staat unterstützt werden. Dieser kann private Unternehmen, die sich zu bestimmten solidarischen Kriterien verpflichten, etwa durch Steuervorteile und günstigeres landeseigenes Bauland bevorzugen.
3. Spekulation mit Boden und Wohnimmobilien treibt die Mieten nach oben und muss deshalb unterbunden werden. Kommunen müssen nicht genutzte Baugrundstücke mit höheren Abgaben belegen können, so dass Spekulation unattraktiver wird und Anreize gesetzt werden, zügig zu bauen. [...weiterlesen](#)

Für jeden und jede

Zugang zu digitalen Verwaltungsleistungen



Wer einen deutschen Personalausweis mit Online-Ausweisfunktion hat, kann sich einfach und sicher im Internet identifizieren. Wird der Ausweis auf ein Lesegerät (z.B. ein Smartphone) gelegt und sich mittels PIN online identifiziert, kann schon heute online ein Führungszeugnis beantragen oder eine Steuererklärung abgeben. Der Gang zur Behörde fällt aus, die Verwaltungsleistung wird leichter und schneller. Mit der Einführung der sogenannten eID-Karte, wollen wir dies auch Bürgerinnen und Bürgern der Europäischen Union und des Europäischen Wirtschaftsraums ermöglichen und ihnen das Leben damit ein Stück weit leichter machen.

Für alle Menschen

Volles Wahlrecht



In Deutschland können derzeit ungefähr 85.000 Menschen nicht wählen, davon 81.000, die eine Betreuung in allen Angelegenheiten zur Seite gestellt bekommen haben. Diese Menschen sind aber geschäftsfähig und arbeiten zum Beispiel in Behindertenwerkstätten. Dass sie ihre demokratische Vertretung nicht wählen dürfen, ist ein für uns untragbarer Zustand. Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten begrüßen, dass unser Koalitionspartner nach langen Verhandlungen dem Anliegen der SPD gefolgt ist und wir nun den Weg für ein inklusives Wahlrecht freimachen

konnten. Mit einem gestern im Bundestag eingebrachten Gesetz machen wir den Weg für ein inklusives Wahlrecht frei. Die verfassungswidrigen Wahlrechtsausschlüsse werden ersatzlos zum 01. Juli 2019 gestrichen. Außerdem regeln wir, wie und in welchem Umfang die zulässige Assistenz von Menschen mit Behinderungen diese bei der Wahlrechtsausübung unterstützen darf.

ARBEIT. SOLIDARITÄT. MENSCHLICHKEIT

Mit unserem Sozialstaatskonzept wollen wir die Weichen für eine gerechte Gesellschaft von morgen stellen. Unsere Grundsätze lauten dabei Solidarität, Zusammenhalt und Menschlichkeit. In den kommenden Wochen werde ich hier einzelne Aspekte des Konzeptes näher beleuchten.



HEUTE IM FOKUS: Selbständige besser schützen

Der Wandel in der Arbeitswelt fördert neue Erwerbsformen und macht die individuellen Erwerbsverläufe vielfältiger. Er eröffnet neue Perspektiven, neue Chancen und neue Gestaltungsmöglichkeiten. Die Entlohnung, die Arbeitsbedingungen und die individuelle Vorsorgepraxis vieler „neuer Selbständiger“ sind aber derart unterschiedlich, dass sie nicht über einen Kamm geschoren werden können. Gerade im Bereich der Hochqualifizierten ist flexible Projektarbeit auf Zeit nicht mehr wegzudenken, ebenso wenig wie gemischte Teams von internen und externen Beschäftigten sowie selbständige Expertinnen und Experten, etwa bei Start-Ups und/oder im Innovations- und IKT-Bereich. Völlig anders ist die Situation bei vielen selbständigen Dienstleistungen im Niedriglohnbereich. Wir müssen daher insbesondere bei den so genannten „Solo-Selbständigen“ aktiv werden, um auch dort passgenaue Chancen zu ermöglichen und notwendigen Schutz zu erreichen.